



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

7. Sitzung (öffentlich)

21. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Ralf Witzel (FDP) (amt. Vorsitzender)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze | 4 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065 | |
| | Stellungnahme 18/412
Stellungnahme 18/434 | |
| | Der Unterausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und verständigt sich dafür auf die Modalitäten. | |
| 2 | Duale Ausbildung der Landesverwaltung NRW | 5 |
| | Vorlage 18/1010 | |

- | | | |
|----------|--|----------|
| 3 | Nachbericht zum TOP „Dienstaustritte von Polizeikommissaranwärtern während der Ausbildungszeit“ | 6 |
| | Vorlage 18/846 | |
| 4 | Nachbericht zur Entwicklung der Bearbeitungsfristen bei der Beihilfegewährung | 7 |
| | Vorlage 18/1005 | |
| 5 | Anpassung der Beihilfeverordnung an die Erstattungssätze der GKV (insbesondere Physiotherapie) | 8 |
| | Vorlage 18/1004 | |
| 6 | Verschiedenes | 9 |

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Einleitend merkt **amt. Vorsitzender Ralf Witzel** an, dass sowohl die Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses verhindert seien, so dass er nun nach Senioritätsprinzip gebeten worden sei, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

1 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065

Stellungnahme 18/412
Stellungnahme 18/434

Der Gesetzentwurf (Drucksache 18/3065) wurde vom Plenum am 8. März 2023 zur federführenden Beratung an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Unterausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und verständigt sich dafür auf die Modalitäten.

2 Duale Ausbildung der Landesverwaltung NRW

Vorlage 18/1010

Ralf Witzel (FDP) bittet um nähere Ausführungen zum Onboarding-Prozess des Ministeriums der Finanzen (FM), zur Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten sowie zum Karriereportal des Landes NRW (karriere.nrw).

Gemäß **MR Daniel Dorn (FM)** würden bereits vor Antritt der Berufsausbildung weitergehende Informationen gegeben. Die Anwärter würden intensiv darauf vorbereitet, was sie in der Ausbildung erwarten. Beispielsweise würden an die Anwärter für die Laufbahngruppe 2.1 iPads ausgeben. Auf diesen Geräten seien weitere zielführende Informationen abrufbar.

Zu der Frage der Verkürzung der Studienzeiten habe das FM in unterschiedlichen Bereichen Erfahrung gemacht. Diese Option sei bereits beim Rechenzentrum der Landesverwaltung (RZF), im Bereich der IT-Ausbildung, angewendet worden. Es habe allerdings zu keiner spürbaren Verbesserung der Bewerberlage geführt. Im Bereich des BLB NRW sei dies noch nicht durchgeführt worden. Im Bereich der Finanz- und Steueranwärter sei das FM an das Steuerbeamtenausbildungsgesetz (StBAG) gebunden. Es handle sich um eine länderübergreifende Regelung. Mögliche Änderungen müssten mit den übrigen 15 Bundesländern abgestimmt werden. Eine Änderung sei nur im Gleichklang möglich. Es sei bereits thematisiert worden, allerdings haben sich die Länder dagegen entschieden.

LMR Dr. Tobias Trierweiler (FM) nimmt Stellung zum Karriereportal NRW:

Eine eigenständige Agenda könne nicht präsentiert werden. Es sei geplant, einen eigenständigen Kanal auf einer Social Media Plattform zu installieren. Weiterhin wolle man im Bereich des Social Recruiting aktiv werden.

Stefan Zimkeit (SPD) merkt an, dass es offenbar an einer zentralen Koordinierung bzw. einem zentralen Austausch zwischen den Ressorts fehle.

Gemäß **RB'r Volkmar Swoboda (MAGS)** finde ein regelmäßiger Austausch zwischen den personalverantwortlichen Ressorts statt. Es würden alle Themen des Personalbereichs besprochen; auch die Themen „Ausbildung“ sowie „Fachkräfterekrutierung“.

Bezüglich der Dualen Berufsausbildung gehe es dem MAGS NRW auch insbesondere um Personen, die es auf dem allgemeinen Ausbildungsmarkt schwerer haben. Dies begründe sich aus einer gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus, diesen Menschen die Möglichkeit einer Dualen Ausbildung zu geben.

3 Nachbericht zum TOP „Dienstaustritte von Polizeikommissaranwärtern während der Ausbildungszeit“

Vorlage 18/846

Im Rahmen der Erörterung bittet **Ralf Witzel (FDP)** um Zuleitung einer Vorlage zu den verpflichtenden und dezentralen Repetitorien. Er bitte um Aufschlüsselung und mit Fallzahlen unterlegt, an welchen Standorten diese jeweils mit welchen Teilnehmerzahlen stattfinden und inwieweit dabei der Repetitoriumsbesuch für bestimmte Anwärter verpflichtend wäre. Ebenfalls bittet er um eine Aufstellung zur Verteilung des gesamten Anwärterjahrgangs auf die Repetitorien hinsichtlich der Betroffenheit: Genau wie viele Anwärter haben gar kein Repetitorium, genau ein Repetitorium oder gleich mehrere besucht?

Laut **RR Robert Kröger (IM)** werde das Modul Grundstudium 2 und 6 von den meisten Anwärterinnen und Anwärtern besucht.

4 Nachbericht zur Entwicklung der Bearbeitungsfristen bei der Beihilfegewährung

Vorlage 18/1005

Ralf Witzel (FDP) bittet um Erklärung für die stark unterschiedliche Entwicklung der Bearbeitungsfristen.

MR Daniel Dorn (FM) führt für das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV NRW) aus. Die Zahl der Anträge sei deutlich gestiegen. Allein im Januar 2023 seien 34.000 Anträge mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres eingereicht worden. Damit einher gingen längere Bearbeitungszeiten. Auch gebe es Unterschiede, ob ein Anwärter oder ein Versorgungsempfänger einen Beihilfeantrag einreiche.

Das LBV NRW sei bemüht, diese „Bugwelle“ sukzessive abzuarbeiten. Ziel sei es, bis nach den Osterferien einen Status zu erreichen, der sowohl für die Antragsteller als auch für die Sachbearbeiter vertretbar sei.

Für die Bezirksregierungen nimmt **RR'in Karin Schneider (IM)** Stellung: Am Beispiel der Bezirksregierung Detmold, die im Jahr 2022 86.166 Beihilfeeingänge und der Bezirksregierung Köln, die 210.653 Beihilfeeingänge verzeichnet führe es auch in diesen Fällen zu entsprechend unterschiedlichen Bearbeitungszeiten. Auch hingen die Bearbeitungszeiten von der Personalsituation (Krankheitsausfälle der Sachbearbeiter etc.) ab.

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz führt **MR Dr. Thorsten Baumanns** aus, dass der Fokus beim OLG Köln liege. Die Gründe seien, wie beim LBV NRW und den Bezirksregierungen ähnlich gelagert. Man sei jedoch auf dem Weg, wieder ins „Soll“ zu kommen.

5 Anpassung der Beihilfeverordnung an die Erstattungssätze der GKV (insbesondere Physiotherapie)

Vorlage 18/1004

Ralf Witzel (FDP) nimmt Bezug auf die Ausführungen der Vorlage in Absatz 3 und bittet um Erläuterungen, wie die Abstimmungsprozesse zwischen den Ländern und dem Bund aussehen.

Gemäß **LMR Dr. Tobias Trierweiler (FM)** gebe es auf Bund-Länder-Ebene einen festen Ausschuss, der sich mit den Gebührenfragen beschäftige. Er treffe sich nicht anlassbezogen, sondern in regelmäßigen Abständen. In aller Regel seien die Unterschiede daran festzumachen, dass die Verordnungen der jeweiligen Länder entsprechend die Sätze festlegten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft treten würden.

Die Entwicklungen der GKV werden beobachtet. Im vorliegenden Fall (Physiotherapie) berate bereits der zuständige Ausschuss. Das FM sei zuversichtlich, dass es in absehbarer Zeit eine gemeinsame Linie zwischen dem Bund und Ländern geben werde und dies entsprechend umgesetzt werden könne.

6 Verschiedenes

Der **amt. Vorsitzende Ralf Witzel** weist auf die gemeinsame Anhörung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für Schule und Bildung am 23. März 2023 zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ in Drucksache 18/2277 hin.

gez. Ralf Witzel
amt. Vorsitzender

03.04.2023/05.04.2023